

Antrag für die JHV zur Überweisung an den Jahresparteitag der Frankfurter SPD, der Bezirkskonferenz der Jusos Hessen-Süd und der Landeskonferenz der Jusos Hessen. Weitere Überweisung durch die Gremien an den Landes- und Bundesparteitag der SPD sowie den Bundeskongress der Jusos:

Kooperationsvereinbarung zwischen der Bundeswehr und dem hessischen Kultusministerium auflösen

Wir Jusos lehnen den Kooperationsvertrag zwischen dem Land Hessen und der Bundeswehr ab. Die Vereinbarung muss aufgekündigt werden!

Begründung:

Dass hessische Kultusministerium und die Bundeswehr haben sich im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung auf eine Zusammenarbeit geeinigt. Das Abkommen eröffnet Jugendoffizieren der Bundeswehr die Möglichkeit an Schulen die Arbeit der Bundeswehr vorzustellen und dafür zu werben. Nach Aussage der Kultusministerin wird dadurch „die traditionell gute Zusammenarbeit verfestigt“. Zwar wird von beiden Seiten nach außen kommuniziert, dass es sich hierbei lediglich um „Informationen zur Außen- und Sicherheitspolitik“ handelt, die den SchülerInnen im Unterricht vermittelt werden soll, jedoch wird die Bundeswehr nach der Abschaffung der Wehrpflicht verstärkt versuchen junge Menschen für die Bundeswehr zu rekrutieren.

FriedensaktivistInnen statt Bundeswehr

Wir Jusos sind gegen eine verharmlosende Sicht von Krieg und gegen eine Militarisierung der Schulen. Schülerinnen und Schüler müssen Demokratie erleben und leben. Es bedarf an Schulen einer demokratischen Sozialisierung, wobei die Bundeswehr konträr zu dem steht was Demokratie uns lehren möchte. Wir brauchen kritische und reflektierte junge Menschen, die nicht ausschließlich nach Hierarchien und Rangordnung handeln.

Informationen zur Außen- und Sicherheitspolitik können den Schülerinnen und Schüler ebenso von FriedensaktivistInnen und anderen Organisationen vermittelt werden, jedoch ist es insbesondere für eine politische Organisation schwierig Informationsveranstaltungen an Schulen durchzuführen. Beim Zugang an die Schulen sieht die Kooperationsvereinbarung aber nur eine Ausnahmestellung zu Gunsten der Bundeswehr vor. Damit werden der Bundeswehr einseitige Privilegien zugesprochen und die Autonomie der Schulen konterkariert.